

Editorial

Die Enthüllungen von Wikileaks und von Edward Snowden haben unseren Blick auf die Aktivitäten des Militärs und der Geheimdienste gelenkt. Weitere Whistleblower folgten. Heute wissen wir von der massenhaften, weltweiten Ausspähung unserer Kommunikation, von Folter und von der gnadenlosen, zynischen Jagd auf Personen, die für „Terroristen“ gehalten werden. Die Entscheidung trifft die Politik – offenbar insbesondere der US-amerikanische Präsident –, ohne rechtsstaatliches Verfahren, ohne die Möglichkeit der Opfer, sich gegen die Vorwürfe zu verteidigen.

Die Ausspähung, die Edward Snowden im Juni 2013 offenlegte, wird als *NSA-Skandal* bezeichnet. Immer deutlicher wird aber, dass dieser Begriff zu kurz greift. Es ist nicht nur die NSA, sondern es sind auch deutsche Behörden, die für die Ausspähung und den damit verbundenen Bruch der Menschen- und Bürgerrechte verantwortlich sind.

Der Fall des Geheimen – Ein Blick unter den eigenen Teppich. Dies war das Ziel unserer *Fiff-Konferenz 2014*, bei der eine Reihe kompetenter und prominenter Referentinnen und Referenten versucht haben, die Beteiligung deutscher Dienste an der Überwachung zu beschreiben und zu verstehen. „Mit Experten, Betroffenen, Politikern und der Öffentlichkeit wurden technische, politische, rechtliche, wirtschaftliche und historische Aspekte betrachtet – von Echelon über Prism bis Eikonal. Die Zusammenarbeit von Geheimdiensten, deutschen Telekommunikationsanbietern und Technikern bedarf der besonderen Aufmerksamkeit.“

Ute Bernhardt, Matthias Bäcker, Wolfgang Coy, Hans-Jörg Krowinski, Constanze Kurz, Wolfgang Nešković, Frank Rieger, Anne Roth, Ingo Ruhmann, Peter Schaar, Erich Schmidt-Eenboom, Patrick Sensburg, Hans-Christian Ströbele, Gregor Wiedemann und Andy Müller-Maguhn haben bei unserer *Fiff-Konferenz* die Thematik aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet und bewertet. Die Zusammenfassungen ihrer Beiträge zur Konferenz, die vom Organisationsteam dokumentiert wurden, bilden den Schwerpunkt dieser Ausgabe der *Fiff-Kommunikation*.

Die Beiträge dokumentieren, wie auch von Deutschland aus bedenkenlos dieser Bruch der Menschenrechte unterstützt und vorangetrieben wird. Ein Untersuchungsausschuss des deutschen Bundestages hat die Aufgabe, die Vorwürfe aufzuklären – wiederholt sieht er sich Widerständen gegenüber, zuletzt als der britische GCHQ damit drohte, seine Erkenntnisse nicht mehr den deutschen Diensten zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung hat diese Drohung offenbar beeindruckt. Die Menschenrechte werden zur Verhandlungsmasse internationaler Abkommen.

Bei der Tagung haben wir auch unseren *Fiff-Studienpreis 2014* verliehen – für eine Arbeit, die die Automatisierung von Videoüberwachung zum Thema hat, die Funktionsweise und Fähigkeiten eines wahrscheinlichen Überwachungssystems für den öffentlichen Raum entwirft und dieses aus informationstechni-



scher, soziologischer, psychologischer und rechtlicher Perspektive auf gesellschaftliche Probleme hin untersucht. *Benjamin Kees*, der Autor, stellt die Arbeit kurz vor. Sie ist unter dem Titel *Algorithmisches Panopticon* als Buch erschienen.

Ein Schwerpunkt unserer derzeitigen Arbeit ist die Kampagne *Cyberpeace*. In diesem Rahmen sind mehrere Stellungnahmen des *Fiff* entstanden, die wir in dieser Ausgabe dokumentieren. Ausführlich haben wir den aktuellen Entwurf des IT-Sicherheitsgesetzes untersucht. *Schutz von Grundrechten nicht in Sicht* – das stellt *Ingo Ruhmann* in seinem Beitrag fest, der unsere Stellungnahme zusammenfasst. „Das neue IT-Sicherheitsgesetz erweist sich ... in Sachen Datenschutz als hochgradig defizitär, in Sachen IT-Sicherheit als ungenügend und ... als ein Weg in massiv weiter ausufernde Sicherheitsprobleme in der Fläche. Einfach mögliche Lösungsansätze wurden nicht verfolgt, die wenigen positiven Aspekte beim Stand der Sicherheitstechnik und beim Personal sind nur ein schwacher Ausgleich.“

Weitere Themen ergänzen die Ausgabe. *Nazir Peroz* diskutiert die IT-Entwicklung an den afghanischen Universitäten. Obwohl angesichts der Bilder von Terroranschlägen und Zerstörung der Eindruck entsteht, dass der Wiederaufbau des Landes immer wieder zurückgeworfen wird, findet in großem Rahmen ziviles Engagement in Afghanistan statt, welches vielerorts Früchte trägt.

Viel diskutiert werden die „Freihandelsabkommen“ CETA, TTIP und TiSA. Der Umgang der europäischen Institutionen mit den rund 1,5 Millionen Unterschriften gegen TTIP zeigt, wie stumpf das Schwert der europäischen Bürgerinitiative in der Praxis ist. *Dagmar Boedicker* setzt sich in ihrem Beitrag mit den Abkommen – insbesondere aus Sicht des Datenschutzes – auseinander. „Wenn Freihandelsabkommen, dann solche, die höhere Standards für den Schutz von Menschen und Natur vereinbaren. Andere braucht die Welt nicht“, so ihr Fazit.

Am 28. Dezember 1879 stürzte vor der schottischen Stadt Dundee die erst kurz zuvor errichtete Brücke über den Firth of Tay ein und riss 75 Menschen – Passagiere des Zugs aus Edinburgh

– in den Tod. Diese frühe Katastrophe der Technik – drei Jahrzehnte vor dem Untergang der Titanic – wurde von *Theodor Fontane* in einer Ballade verarbeitet, die wir als SchlussFfF abdrucken. „*Tand, Tand / Ist das Gebilde von Menschenhand*“ – so das Fazit von Fontane. Freilich ist eine Eisenbahnbrücke heute nichts Außergewöhnliches mehr. Doch auch dieses Bei-

spiel sollte uns eine Warnung vor unkritischer Anwendung der Technik sein. Sie zeigt, dass technische Lösungen, die eigentlich zum Nutzen der Menschen hergestellt wurden, immer auch zu Katastrophen führen können.

Stefan Hügel
für die Redaktion



Brief an das FfF

Westliche Zivilisation

Liebe Mitglieder des FfF, liebe Leserinnen und Leser,

es heißt, Mahatma Gandhi sei einmal gefragt worden, was er von der westlichen Zivilisation halte. Das wäre eine gute Idee, habe er geantwortet.

Gandhi hatte Gründe für diese skeptische Einschätzung; er musste erleben, wie zunächst südafrikanische und später, in Indien, britische Behörden und Sicherheitskräfte damals die Interessen der Regierung gegen die Bevölkerung durchsetzten. Von dem, was sonst im 20. Jahrhundert in Europa geschah, nicht zu reden. Doch heute gelten andere Standards der Menschen- und Bürgerrechte. Heute wäre das undenkbar.

Wirklich undenkbar? Vor kurzem wurde der Bericht des Geheimdienstausschusses des US-Senats veröffentlicht, der dokumentiert, in welchem Umfang der CIA gefoltert hat. Folter galt Ende der 1970er Jahre als geächtet – niemals kann es legitim sein, um Informationen oder Geständnisse zu erlangen.

Heute scheint dies anders zu sein. Menschen, die als „Terroristen“ verdächtigt werden, werden „verschärften Verhörmethoden“ ausgesetzt, vorgeblich um Anschläge zu verhindern. Auch der Bericht, der diese Praxis kritisiert, betont nicht zunächst eine Haltung, die Folter ächtet, sondern fragt zuerst nach der Effektivität solcher Methoden für die Terrorismusbekämpfung. Früher galt in Demokratien der Konsens, dass Folter absolut verboten ist – heute ist sie offenbar erlaubt, wenn sie nur ihren vorgeblichen Zweck des *Kriegs gegen den Terror* erfüllt. Das Folterverbot gerät zum Lippenbekenntnis.

Doch es ist noch schlimmer. Im Mittelalter wurden Menschen verbrannt, weil sie beschuldigt wurden, Ketzer oder Hexen zu sein. Davor stand die Inquisition – zweifelsfrei kein Verfahren, das heutigen menschenrechtlichen Standards genügt hätte.

Heute wird selbst auf dieses Verfahren verzichtet. Menschen werden heute, ohne jedes Verfahren, im Feuer von *Hellfire*-Raketen verbrannt, weil sie für „Terroristen“ gehalten werden. Einzelne dieser Menschen mögen tatsächlich gefährlich sein – doch auch sie hatten nach bisher akzeptierten Standards das Recht auf ein faires Verfahren. Es ist alarmierend, dass der unerklärte *Krieg gegen den Terror* offenbar bereits hinter den menschen-



rechtlichen Standards des Mittelalters zurückbleibt. Zu Beginn seiner Amtszeit versprach US-Präsident und Friedensnobelpreisträger Barack Obama noch, das Gefängnis in Guantánamo zu schließen. Dieses Versprechen hat er nicht gehalten. Doch heute werden Verdächtige nicht mehr inhaftiert, sondern gleich getötet.

Die Empörung darüber in der Bevölkerung, in Europa und in den USA, hält sich in Grenzen. Die Tötung von Menschen durch Drohnen – eine Praxis, die in der westlichen Welt akzeptanz – wir müssen doch et- nehmen! Dass hier Menschen teil- ohne Verfahren und aufgrund von Verdächtigungen allzu oft im Hintergrund. Dass die *Signature Strikes* häufig auch Unschuldige treffen, tut ein übriges. Zu recht trauern wir um die Opfer des Terrorismus, nicht nur in Europa. Doch wir sollten auch um die unschuldigen Opfer des *Kriegs gegen den Terror* trauern – weit über 1 Million Menschen, wie eine gerade herausgegebene Studie festgestellt hat.

Bekannt wurde dies zunächst durch Veröffentlichungen und Enthüllungen von Wikileaks und Edward Snowden. Der Film *Citizen Four*, der Snowdens Enthüllungen thematisiert, wurde im Februar mit dem Oscar ausgezeichnet. Auch ich habe mich zunächst darüber gefreut, dass den Berichten über eine Menschenrechtsverletzung, der ein großer Teil der Weltbevölkerung ausgesetzt ist, diese Ehrung zuteil wird – ein neuer Höhepunkt nach vielen Ehrungen, der Snowden in den letzten Monaten erhalten hat.

Denke ich jedoch weiter, kommen mir Zweifel. Bis heute haben die Enthüllungen von Edward Snowden keine substanziellen politischen Konsequenzen nach sich gezogen. Im Gegenteil – die Ausspähung der Bevölkerung wird weitergeführt und sogar noch ausgebaut. So gesehen sind die wiederholten Preise fast schon so etwas wie eine Verhöhnung der Menschen, die Tag für Tag ausgespäht werden, während, statt zu Handeln, immer wieder nur folgenlos darüber berichtet und debattiert wird.

erschienen in der FfF-Kommunikation,
herausgegeben von FfF e.V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de